

Wir können mehr!

SWÖ-Kollektivvertrag. Begeisterung sieht anders aus.

Eigentlich hat es gar nicht so schlecht ausgesehen bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen. In einigen Bundesländern bzw. Bereichen gab es mehr oder weniger die Garantie der öffentlichen Hand, den Gehaltsabschluss zu finanzieren. Und der Beschluss, Teilstreiks zu ermöglichen, schuf eine echte Kampfperspektive, ohne dass alle dazu bereit sein müssen. Doch es sollte wieder mal anders kommen.

Einerseits wurde auf zahlreiche Betriebe insbesondere in Wien massiver Druck ausgeübt, dass der Kollektivvertragsabschluss nur ja nicht zu hoch ausfallen darf. Dabei handelte es sich um die Betriebe, die mehrheitlich nicht von der öffentlichen Hand selbst finanziert werden, sondern vom FSW.

Einmal mehr zeigte sich, dass wir mit den ArbeitgeberInnen reden können, so viel wir wollen - ändern wird das nichts, solan-

ge der Fördergeber nicht mehr Geld zur Verfügung stellt.

Andererseits wurde der Beschluss von Teilstreiks mehr als zögerlich umgesetzt. In Oberösterreich hat es in mehreren Betrieben solche Beschlüsse gegeben. Das zeigt, dass die KollegInnen leichter bereit sind, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, wenn sie schon Erfahrungen damit gemacht haben. Im oberösterreichischen Sozial- und Gesundheitsbereich gab es ja in den letzten Jahren mehrere zum Teil erfolgreiche Streiks.

In Wien hat es in genau zwei Betrieben Streikbeschlüsse gegeben. In beiden sind Mitglieder des Regionalausschusses von work@social BetriebsrätInnen. In allen anderen Bundesländern: Fehlange-

Egal, an wem es liegen mag, egal, was auch immer die Gründe dafür sind: Solange wir nicht selbst dazu bereit sind, für unse-



re Interessen zu kämpfen, werden wir diese nicht durchsetzen können. Die besten Argumente zählen in Verhandlungen nichts. Letztlich geht es dabei um eine reine Machtfrage. Gewerkschaftliche Macht lässt sich letztlich auf zwei

Faktoren reduzieren: Anzahl der Mitglieder und Kampfbereitschaft.

Bis zu den Kollektivvertragsverhandlungen 2017 sollten wir daher mit all unserer Kraft daran arbeiten, dass wir in beiden Bereichen besser werden.

Überzeugen wir unsere KollegInnen, die heute noch nicht dazu bereit sind, dass wir Kampfmaßnahmen brauchen, und dass wir sie brauchen, falls sie noch nicht Mitglied bei unserer GPA-djp sein sollten.

Podiumsdiskussion: Obergrenzen als Methode der Sozialpolitik

Mit den im Zuge der unmenschlichen Asylpolitik in Europa eingeführten Kontingenten ist der Begriff „Obergrenze“ in aller Munde. Tatsächlich bestimmen Obergrenzen unsere Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich aber immer schon. Es gibt Obergrenzen für Unterbringungstage, Psychotherapie und vieles mehr. Interessanterweise gibt es aber keine Obergrenzen für die Belastung von uns Beschäftigten. Die KlientInnen- bzw. Fallzahlen steigen infolge unzureichender Budgets für unsere Arbeit rapide an.

Sind Obergrenzen ein wirksames Mittel der Sozial- und Gesundheitspolitik? Sind alle Obergrenzen schlecht? Kann es auch sinnvolle Obergrenzen geben? Wo liegt die Obergrenze unserer Belastbarkeit? Wie wäre es mal mit einer Obergrenze für Reichtum?

Darüber diskutieren mit euch:

- ★ **Erich Fenninger, Geschäftsführer Volkshilfe Österreich**
- ★ **Selma Schacht, Betriebsratsvorsitzende Wiener Kinder- und Jugendbetreuung**

am: **21. April 2016, 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags**
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Runter mit der Menstruationssteuer

Besonders für KollegInnen im Gesundheits- und Sozialbereich ist Sicherheit und Hygiene ein sehr wichtiges Thema.

Bis zu 17.000 Binden oder Tampons verbraucht eine Frau im Laufe ihres Lebens. Die Kosten eines Menstruationslebens belaufen sich also auf bis zu 4.500 Euro.

2015 wurde in Frankreich die Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für Frauen von 20% auf 5,5% gesenkt. In England beträgt diese 5%, in Spanien 10%.

In Österreich hingegen zahlen wir Frauen auf Tampons und andere Monatshygieneartikel eine Luxussteuer von 20%, wohingegen für viele andere

Güter des täglichen Bedarfs der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 10% angewendet wird.

Sicherheit und Hygiene im Gesundheits- und Sozialbereich sind für uns Frauen kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Bereits 2009 wurde die Mehrwertsteuer für Medikamente von 20% auf 10% gesenkt.

Die Interessengemeinschaft work@social fordert daher den verringerten Mehrwertsteuersatz von 10% auch für Hygieneartikel für Frauen. Das wäre ein wichtiger und notwendiger Schritt, um Kolleginnen nicht nur, aber insbes. im Gesundheits- und Sozialbereich finanziell zu entlasten.